Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

[Abo]nnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst [und der] Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. [D]urch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und [Ö]sterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 219. | Dresden, Donnerstag den 21. September 1911. | 22. Jahrg.

Liberale Stichwahlnot.

Die Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Düsseldorf, der zwischen dem Sozialdemokraten Haberland und dem [Zen]trumskandidaten Dr. Friedrich die Entscheidung fallen [soll], ist auf Freitag den 29. September anberaumt.

Der sozialdemokratische Kandidat hat einen Vorsprung [vo]n fast 5000 Stimmen vor dem Zentrumskandidaten. Wenn [in] der Stichwahl die im ersten Wahlgang auf den Demokraten [...]scheidt gefallenen Stimmen auf den Sozialdemokraten und [die] auf den sogenannten deutsch-nationalen Kandidaten Herken-[...] gefallenen Stimmen auf den Zentrumsmann fallen, so bleibt [...] große Vorsprung für unseren Genossen Haberland der[...]che wie im ersten Wahlgang. Es bleibt aber bei der [...] der Stichwahlchancen als ein unsicherer Faktor die [...]prägung der Tatsache übrig, daß von 104790 Wahlberechtigten, die der [...]enwahlkreis umfaßt, nur 70180 ihr Wahlrecht ausgeübt [ha]ben. Diese geringe Wahlbeteiligung ist zum Teil auf die [Pa]role der Nationalliberalen, die auf Stimmenthaltung lautete, [zurück]zuführen.

In der Stichwahl wird es sich daher einesteils darum handeln, [wie]viel Reserven die Sozialdemokratie und wieviel das [Ze]ntrum noch heranzuholen vermag, andernteils aber darum, [w]ie sich nun die Liberalen verhalten werden. [Vo]r einem halben Jahre etwa haben im Wahlkreise Gießen [di]e Nationalliberalen in der Stichwahl den Ausschlag zu-[gu]nsten des agrarisch-antisemitischen Mannes gegeben — [w]erden sie jetzt wiederum den Kandidaten der schlimmsten [Re]aktion heraushauen? Werden sie die Verstärkung der [Ze]ntrumspartei im Reichstage bewirken, deren Bekämpfung [do]ch stets gerade von den Nationalliberalen als Hauptziel [ih]rer Politik ausgegeben wird?

Die Liberalen in Düsseldorf stehen vor einer Entscheidung [vo]n großer Vorbedeutung für die kommenden allgemeinen Wahlen. [W]ie ihre Entscheidung jetzt ausfällt, das ist weniger bedeutungs-[v]oll für die Sozialdemokratie als vielmehr für das Schicksal [de]s Liberalismus selbst. Für die Sozialdemokratie steht es [w]ohl in Frage, ob sie in jenen Wahlkreisen einige Mandate [m]ehr oder weniger erhalten wird, in denen bei Stichwahlen [zw]ischen ihr und dem Zentrum die Entscheidung bei den liberalen Wählern liegt. Viel mehr aber steht für die Liberalen auf [d]em Spiele. Denn ihr Eintreten für das Zentrum würde [i]hre Gesamtstellung im ganzen Reiche aufs [ä]ußerste erschweren. Sie würden sich bei aller nur irgendwie [ei]ner freieren Entwicklung zustrebenden Wählerschaft vollends [un]möglich machen.

Schon im Jahre 1906 waren Zentrum und National-[li]berale in Rheinland-Westfalen mitten in Verhandlungen über [ei]n Wahlbündnis zur gegenseitigen Sicherung der Wahlkreise [g]egen die beiden Parteien gefährlich werdende Sozialdemo-[k]ratie. Die Hottentottenaffäre und die Reichstagsauflösung [d]urchkreuzten diese Bestrebungen, die Nationalliberalen kehrten [ih]re Front gegen das Zentrum, das aus der Reihe der [re]gierungsfähigen Parteien ausgeschaltet werden sollte. Der [Zu]sammenbruch der Bülowschen Politik versetzte sobann die [n]ationalliberale Partei in einen Zustand schlimmster Ratlosig-[keit.] Allerlei Stimmungen und Neigungen wirbeln in dieser [P]artei nun durcheinander. Der eine Teil drängt ein wenig nach [lin]ks, fordert den Kampf gegen das agrarisch-klerikale, mit [de]n Junkern verbündete Zentrum. Der andere Teil, vertreten und beherrscht durch die Kapitalisten der schweren Industrie und der Finanz, sucht den Anschluß an die Konservativen und ist bereit, auch mit dem Zentrum den Pakt zu machen. Diese letztere Neigung wird noch dadurch verstärkt, daß die Nationalliberalen sich mit der Hoffnung abgeben, die im sozialdemokratischen Besitze befindlichen Wahlkreise Duisburg, Dortmund, Bochum mit Zentrumshilfe wiederzugewinnen, falls sie dem Zentrum jetzt in Düsseldorf, dann bei den allgemeinen Wahlen auch in Köln, Krefeld und Essen ihre Stichwahlhilfe zur Verfügung stellen. Aus allen diesen Verhältnissen heraus ist die Führerschaft der nationalliberalen Partei in heilloser Verlegenheit und Unentschlossenheit, welchen Tendenzen in ihrer Anhängerschaft sie Raum geben, wohin sie das in allen Fugen krachende Parteischifflein steuern soll.

So wird der Stichwahl in Düsseldorf von allen Parteien mit Spannung entgegengesehen. Die konservative Presse fordert von den Nationalliberalen, daß sie sich für den Zentrumskandidaten erklären. Sie redet dabei, wie sich versteht, vom Zusammenhalten „aller staatserhaltenden Parteien gegen den Umsturz". „Es wird nicht angehen," sagt die Kreuzzeitung, „daß die Nationalliberalen die Ausgabe einer Stichwahlparole ablehnen, sonst würden sie gleich dem Hansabund zu einer Hilfstruppe der Sozialdemokratie werden." Die Zentrumspresse selbst bettelt eifrig um nationalliberale Hilfe. Es ist bezeichnend, daß die Germania ausdrücklich auf Stichwahlhilfe aus dem rechts nationalliberalen Lager hofft. Es zeigt sich die Seelenverwandtschaft zwischen dem angeblich sozialreformerischen „arbeiterfreundlichen" Zentrum mit den rücksichtslosen Feinden des Koalitionsrechts und jeglichen sozialpolitischen Fortschritts. Und in der Tat gibt die rechtsnationalliberale Presse auch bereits die Losung aus: Für das Zentrum. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung erklärt: „Alle nationalen Parteien werden nun dazu helfen müssen, daß das Zentrum hier in seiner Eigenschaft als Sachwalter des heutigen Staates erhalten wird." Auch die Tägliche Rundschau, die sonst von Antiklerikalismus trieft, fordert auf, für das Zentrum einzutreten, da es gelte, einen neuen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Andrerseits beschwört die linksliberale Presse die Wähler in Düsseldorf, daß sie der Zentrumsherrschaft ein Ende machen und einmütig für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen sollen. Es gelte, sagt das Berliner Tageblatt, das blauschwarze Joch abzuschütteln und die Bahn frei zu machen für eine Reformpolitik im Deutschen Reiche.

Die Stichwahl in Düsseldorf bereitet den Liberalen große Not. Sie stehen vor der Frage, ob sie durch Unterstützung des Zentrums und die zu erwartende Gegenleistung dieser Partei vielleicht einige Mandate in Rheinland-Westfalen ergattern sollen. Sie dürfen sich aber nicht täuschen, daß das Eintreten für das Zentrum ihre Partei im gesamten Reiche bis auf die Knochen blamieren wird. Auch der vertrauensseligste Bürgersmann wird dann genau wissen, was es mit dem nationalliberalen Geschrei gegen den Klerikalismus und gegen die schwarze Partei auf sich hat!

* * *

Die Düsseldorfer Wahl und Marokko.

Ganz beachtenswert und zutreffend ist ein Hinweis der Vossischen Zeitung:

„Und jetzt hat in Düsseldorf der „Genosse" vor dem Ultramontanen einen Vorsprung von etlichen tausend Stimmen und einige Aussicht, in der Stichwahl gewählt zu werden.

Das ist ein Ereignis von erheblicher Tragweite. Von um so größerer, als die Marokkofrage gegenwärtig die gesamte Nation beschäftigt. Sie soll nach dem Wunsch der Reichstagsmehrheit und ihrer Presse zur Wahlparole gemacht werden. Damit hofft man die Wirkung der „Finanzreform" auszugleichen. Nun denn, die Probe ist in Düsseldorf gemacht worden, und was ist das Ergebnis? Eine klägliche Niederlage des Zentrums, ein bedeutendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Dieselbe Erfahrung kann man bei den allgemeinen Wahlen machen, zumal wenn dann die Marokkofrage schon beigelegt ist oder wenigstens ihre Schärfe verloren hat."

Die Marokkokrise am Ende?

Seltsame und überraschende Dinge haben sich zwischen Dienstag und Mittwoch abgespielt. Ganz wider alle Erwartung schien plötzlich der zu Ende neigende Marokkohandel ins Kochen geraten und sich neu verschärfen zu wollen. Mit ebenso überraschender Schnelligkeit ist dann wieder von der deutschen Regierung erklärt worden, daß in zwei bis drei Tagen alles in Ordnung sein wird.

Am Mittwoch morgen veröffentlichte die Berliner Presse jene Note der französisch-offiziösen Agence Havas, in der mitgeteilt wurde, es seien noch „prinzipielle Fragen in der Schwebe, in denen Frankreich nicht nachgeben kann". Die „entscheidende Wendung" hänge von dem Ergebnis einer neuen Unterredung ab, die der französische Botschafter mit dem deutschen Staatssekretär haben werde.

Diese ziemlich beunruhigend klingende, vom Wolffschen Telegraphenbureau bestätigte Meldung rief am Vormittag des Mittwoch in Berliner Kapitalistenkreisen, bei den Banken und auf der Börse solche Aufregung hervor, daß die Regierung sich bemüßigt sah, beruhigend einzugreifen. Die Depositenkassen der Großbanken wurden mit Verkaufsorders bestürmt. Infolgedessen begaben sich vier ihrer Vertreter nach dem Auswärtigen Amt, wo sie vom Unterstaatssekretär Zimmermann empfangen wurden. Herr Zimmermann, der in der Behandlung der Marokkofrage Herrn v. Kiderlen-Wächters rechte Hand ist, gab auf Befragen der Herren folgende kurze und bestimmte Erklärung ab:

Die Marokkofrage wird in zwei bis drei Tagen in günstigem Sinne erledigt sein.

Herr Zimmermann gestattete den Vertretern der Großfinanz, von dieser seiner Erklärung jeden beliebigen Gebrauch zu machen, und da dies in ausreichendem Maße geschah, wurde die befürchtete Börsenpanik verhütet. Soweit wäre die Sache ganz gut, nur gewinnt man aus ihr nicht den Eindruck, als ob die patriotische Großfinanz eine sehr heldenhafte Rolle gespielt und als ob die deutsche Diplomatie einen besonderen Geniestreich verübt hätte. Am Morgen noch verkündet W. T.-B. auf eine ziemlich scharfe Pariser Note hin, auch Deutschland habe bestimmte prinzipielle Forderungen aufgestellt, auf die es nicht verzichten könne, und ein paar Stunden darauf heißt es, in zwei, drei Tagen würde alles günstig erledigt sein. Zickzack bleibt Trumpf! In Paris wird man aber jedenfalls Herrn Zimmermanns Erklärung mit Befriedigung aufgenommen haben. Zum Schießen kommt es nun nicht mehr. Und das ist schließlich die Hauptsache!

Politische Satire.

In der Kreuzzeitung wurde kürzlich allen Ernstes erwogen, [ei]n konservatives Witzblatt zu gründen, da Witz und Satire vor-[tre]ffliche politische Waffen seien. Zweifellos! Aber zu witzigen und [sati]rischen Zeitglossierungen gehört mehr als Geld und guter Wille, [geh]ört die Fähigkeit, über alles Faule und Morsche mehr oder [m]inder bissig zu lachen. Leute jedoch, die ausgerechnet das Faulste, [M]orscheste, Ueberlebteste zu verteidigen verpflichtet sind, werden [i]mmer nur Zielscheibe, aber nie Schützen satirischer Pfeile sein [kö]nnen. Darum werden alle Witzblattpläne der Konservativen [fa]ule Witze bleiben.

Immerhin haben unsere Reaktionäre recht — und als ewige Witzblattobjekte spüren sie es täglich am eigenen Leibe —: Witz und Satire sind scharfe Kampfmittel. Ganz Große, wie Rabelais, [p]rangerten damit die Gebresten eines ganzen Zeitalters an, [C]ervantes vernichtete mit seinem Don Quichotte die ritterliche [Sc]hwärmerei des ausgehenden Mittelalters, Swifts Satiren [tra]fen das England des 18. Jahrhunderts wie mit Keulenhieben [un]d gaben Anlaß zu Reformen. Und die Kleineren von heute, die [Ze]itglossierer rund um den Simplizissimus? Sie sind wirklich [kle]ine Rabelais und keine Swifts, aber immerhin verursachen sie [auf] den Seiten, Gutgesinnten giftige Zornesausbrüche in regelmäßigen [Ab]ständen.

Man sollte also meinen, daß ein solches Kampfmittel auch fleißig [geh]andhabt wird in einer Bewegung wie der proletarischen; in [ein]er Bewegung, deren historische Aufgabe es ist, eine ganze, faule [W]eltordnung in Trümmer zu schlagen. Und doch — wenn wir in [u]nseren Reihen Umschau halten, müssen wir gestehen, daß die [sa]tirischen Spötter nicht zu dick gesät sind. Das macht, der Arbeiter-[b]ewegung fehlt ein Stimmungselement, aus dessen Untergründen [sa]tirisches Empfinden hervorwächst: uns fehlt die Skepsis, weil wir [so] stark sind an Zukunftshoffnung und Zukunftsglauben. Den [u]nerbittlichen, bissigsten, niederreißendsten Spott bringt auf, wer nicht mehr glauben kann, wer nur Niedergang und nicht Aufgang wittert, wer hinter der düsteren Gegenwart die helle Zukunft nicht sieht. So geht's der Bourgeoisie und ihren oppositionellen Spöttern. Wir aber sind Träger eines neuen Glaubens. Wir haben das große Kampfpathos, wie alle Kulturbewegungen, die von einer aufsteigenden Gesellschaftsklasse getragen werden. Und wo wir den Gegner einmal satirisch zu packen suchen, ist unser Witz mehr volkstümlich-derbhumoristisch denn ätzend, mehr derb spottend denn giftig-zersetzend. Dicht hinter unserer Ironie steht immer das Kampfpathos, weil uns die sozialistische Erkenntnis Welt und Weltentwicklung ernst nehmen läßt.

Immerhin würde die agitatorische Wirksamkeit unserer Argumente manchmal erhöht, wenn wir sie mit Witz und Satire unterstützen, wo immer es unser Kampf gestattet. Zumal sich uns neuerdings eine Sorte Gegner in den Weg stellen möchte, gegen die keine Satire loszulassen wirklich schwer ist. Von einem Gewächs wie dem Reichsverband z. B. weiß man schon bald nicht mehr, ob es mehr widerlich oder mehr lächerlich ist. Als Genosse Rudolf Franz vor nicht allzu langer Zeit eine Broschüre erscheinen ließ, in der er unter Pseudonym satirisch plauderte über das Thema „Warum ich kein Sozialdemokrat bin?" — waren kaum ein paar Exemplare an reaktionäre Blätter geschickt, als der Reichsverband prompt auf den Spaß hereinfiel und „unter vorzüglicher Hochachtung" fünf Exemplare seiner eigenen Karikatur bestellte .... Genosse Franz hat nun dem ersten Beweis seiner satirischen Ader einen zweiten* folgen lassen: eine Bearbeitung altdeutscher Märchen im Sinne des Reichsverbands. Lachend legt man das Buch aus der Hand, und trotzdem: wenn's drauf angelegt worden wäre, hätte die Liebertgarde auch dies heitere Bändchen als ernste Sozialistenvernichtung verbreiten helfen. Der Reichsverband, der so oft aus alltäglichen Ereignissen die abenteuerlichsten Märchen gegen die Arbeiterbewegung zurechtdreht — warum sollte der nicht einmal harmlose altdeutsche Märchen gegen uns ausschlachten?! Genosse Franz ist ihm damit höchstens zuvorgekommen. Er hat unschuldige Märchengestalten umgearbeitet zu polizeiwidrigen, sozialistisch verseuchten Bösewichtern: Swinegel und Frau, Aschenbrödel, Hänsel und Gretel, Dornröschen, Rotkäppchen, Hans im Glück, Die drei Spinnerinnen — sie alle stehen irgendwie mit Sozialdemokratie, Parteivorstand, Generalkommission der Gewerkschaft, Vorwärts und Gleichheit in Verbindung. Und das alles ergibt ein verrückt-heiteres Gemisch von neugermanischem Reichsverbandsstil und altdeutschem Erzählerton, von modern-politischen Schlagworten und altehrwürdigen Märchenbegriffen. So, wenn das Märchen vom Sterntaler beginnt:

Es war einmal ein armes Mädchen, dem waren Vater und Mutter gestorben, und es war so arm, daß es kein Kämmerchen mehr hatte, darin zu wohnen, und kein Bettchen mehr, darin zu schlafen, denn seine sozialdemokratischen Eltern hatten das Kämmerchen als Versammlungslokal hergeben müssen, weil die Roten in der ganzen Gegend Gott sei dank keinen Saal bekommen konnten, und das Bettchen war gepfändet worden, weil die Eltern den Parteibeitrag nicht rechtzeitig bezahlt hatten ....

Lachend legt man das Buch weg, so derb humoristisch ist seine Satire, und doch: Warum sollte die Reichsverbandssippe nicht auch einmal solche Art Märchen ernsthaft gegen die Sozialdemokratie abfeuern? Es ist wohl die tödlichste Satire auf diese angenehme Gilde, daß sie in der Unverfrorenheit der sozialistenfresserischen Tatsachenverdrehung kaum zu karikieren ist, so parodistisch-derb sich auch der Witz des Genossen Franz ergeht. Wie faul muß es doch um die Sache unserer Feinde bestellt sein, daß sie sich gegen uns solcher Helden bedienen!

So verfehlt es auch wäre, unsere Widersacher dauernd von der allzu heiteren Seite zu nehmen, so wünschenswert bleibt es, daß in unseren Reihen jener Witz und jene Satire gedeihen, die uns wenigstens in den Pausen des Kampfes ein befreiendes Lachen abnötigen ob der Kleinheit und Jämmerlichkeit mancher Sorte Gegner.

R. G.

* Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt. Bilderschmuck von Reinhold Pfeiffer. Preis 1 M. Birk u. Ko., München.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110921/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG